

# 03: SOZIALE UND GEMEINWOHLORIENTIERTE DIGITALISIERUNG FÜR ALLE MENSCHEN IN BAYERN

Antragsbeschluss des  
DIGITALEN KLEINEN LANDESPARTEITAGS  
am 12. September 2020

digitaler  
**PARTEITAG**



# 1 Antrag 03: Soziale und gemeinwohlorientierte Digitalisierung für 2 alle Menschen in Bayern

Antragsteller/in:	BayernSPD Landesvorstand
Status:	angenommen in geänderter Fassung
Sachgebiet:	N - Netzpolitik und Digitales

## 3 Einleitung

4 Die Digitalisierung ist in aller Munde und in der Arbeitswelt aber auch im Privaten bereits sehr weit  
5 fortgeschritten. Dennoch wagt sich die Politik bisher nur sehr verhalten an dieses Thema, obwohl die  
6 Bürger\*innen politische Regelungen im Umgang mit den digitalen Technologien erwarten. Gleichzeitig fühlen  
7 sich viele Bürger\*innen auch abgehängt, sei es wegen fehlender Infrastruktur, fehlendem Wissen über  
8 bestimmte digitale Technologie oder weil sie keine Hoheit über ihre Daten haben.

9 Wir wollen, dass demokratische Politik Digitalisierung so gestaltet und reguliert, dass sie den Menschen dient  
10 und nützt. Wir wollen nicht, dass Märkte und Konzerne die Entwicklung bestimmen.

11 Dabei sehen wir die Digitalisierung als originär sozialdemokratisches Thema an: Die SPD ist im Zuge der  
12 Arbeiter\*innenbewegung des späten 19. Jahrhunderts entstanden, also in Reaktion auf die erste Phase der  
13 Industrialisierung (Industrie 1.0), nämlich die Einführung maschineller Fertigung. Über die Industrie 2.0, die  
14 durch die Verbreitung von Fließbandarbeit gekennzeichnet war, und die Industrie 3.0, die elektronische und  
15 computergestützte Steuerung von Maschinen, sind wir mittlerweile im Zeitalter der Industrie 4.0, der  
16 vernetzten Arbeitswelt, angelangt. Standen in der Gründungszeit der SPD vor allem die negativen  
17 Auswirkungen der Industrie 1.0 auf die Arbeiter\*innen im Fokus unserer politischen Arbeit, so sehen wir uns  
18 heute nicht nur mit einer sich wandelnden Arbeitswelt, sondern auch mit der Veränderung menschlichen  
19 Zusammenlebens durch neue digitale Technologien konfrontiert.

20 Wir als sozialdemokratische Partei Deutschlands stellen uns im Sinne unserer langjährigen Tradition nun  
21 erneut der Herausforderung, die Interessen der Menschen in Bayern in Bezug auf die durch die  
22 Digitalisierung veränderten Arbeits- und Lebensbedingungen zu erkennen und zu vertreten, ihnen den  
23 Zugang zu Chancen und Möglichkeiten der neuen Technologien zu eröffnen und den Menschen wieder vor  
24 Gewinn und Technologie zu stellen.

25 Die vier inhaltlichen Schwerpunkte des Leitetrags Digitalisierung

### 26 1) Digitalisierung im Sinne der Arbeitnehmer\*innen gestalten

27 Die Digitalisierung in der Arbeitswelt schreitet täglich voran, ob Prozesse automatisiert werden oder  
28 Dienstleistungen globalisiert werden, dadurch ändern sich permanent die  
29 Rahmenbedingungen von Arbeit. Die Nachfrage nach einfachen beruflichen Tätigkeiten wird immer geringer  
30 und die Nachfrage nach Spezialist\*innen steigt. Dieses bedingt eine permanente Weiterbildung der  
31 Arbeitnehmer\*innen, die von Arbeitgeber\*innen nur unzureichend ermöglicht bzw. unterstützt wird.  
32 Gleichzeitig beklagen sie einen Fachkräftemangel. Die Möglichkeit, dass man bereits nach 20 Jahren im Beruf  
33 auf einmal überflüssig wird, war nie so groß wie heute.

34 Sharing Economy und Cloud Working können zu einer Prekarisierung von Arbeit führen, die gesellschaftlich  
35 nicht gewünscht ist. Regelmäßig ändern sich durch Digitalisierungsmaßnahmen komplette Produktions- und  
36 Verwaltungsabläufe und erworbene Qualifikationen werden permanent auf den Prüfstand gestellt.

- 1 Wir sehen Digitalisierung von Arbeitsprozessen als notwendig für wirtschaftliche Wertschöpfung an.
- 2 Darüberhinaus bietet die Digitalisierung auch Chancen für die Gestaltung von Arbeit in den Betrieben und
- 3 den Verwaltungen:
  - 4 • Organisation (Kompetenzentwicklung, Entscheidungsbefugnisse)
  - 5 • Arbeitszeit (Selbstbestimmung, Verfügbarkeit)
  - 6 • Zusammenarbeit
  - 7 • Gestaltung von Handlungs- und Entwicklungsspielräumen
  - 8 • Flexibilität
  - 9 • Home Office
- 10 Hier gilt es schnellstmöglich In Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften konkrete Forderungen an den
- 11 Gesetzgeber und die Arbeitgeber\*innen zu formulieren, was über den runden Tisch der Digitalisierung der
- 12 Staatsregierung hinaus geht.
- 13 Wie mit jeder massiven Veränderung der Arbeitswelt wird es Branchen und Arbeitsplätze geben, die neu
- 14 entstehen oder wegfallen. Aktuelle Befunde zu Auswirkungen der Digitalisierung für Deutschland (IAB/ZEW
- 15 2018) sagen voraus, dass es voraussichtlich nicht weniger Jobs geben wird, sondern Tätigkeitsfelder
- 16 wegfallen werden. Eine Verschiebung zu "Nicht-Routine-Tätigkeiten" ist hierbei sehr wahrscheinlich. Dies
- 17 führt dazu, dass es gerade nicht und niedrig qualifizierte Arbeitnehmer\*innen sehr schwer haben werden
- 18 weiterhin in Beschäftigung zu bleiben.
- 19 Um dies abzufedern, schlagen wir vor:
  - 20 a. Firmen müssen gesetzlich verpflichtet werden, Umschulungsprogramme für die durch Digitalisierung
  - 21 negativ betroffenen Arbeitnehmer\*innen zu entwickeln.
  - 22 b. Arbeitnehmer\*innen sollten innerhalb ihrer jeweiligen Arbeitgeber\*innen-Firma neuqualifiziert werden
  - 23 und eine andere, gleichwertige und gleich bezahlte Tätigkeit innerhalb der Firma übernehmen können,
  - 24 also nicht in die Arbeitslosigkeit fallen.
  - 25 c. Die Unternehmen sollen also in Umschulungsprogramme investieren, die einem
  - 26 Arbeitsplatzverlust durch den Einsatz digitaler Technologien vorbeugen. Hierzu sollte eine Kooperation
  - 27 zwischen Unternehmen in Deutschland und der Agentur für Arbeit gebildet werden. Die Kosten für die
  - 28 Umschulungen müssen allerdings zum großen Teil die Unternehmen tragen, da der Einsatz digitaler
  - 29 Technologien ihnen finanzielle Vorteile bringt.
  - 30 d. Auch Mitarbeiter\*innen, welche das Unternehmen verlassen müssen (z.B.
  - 31 Arbeitsplatzkürzungen) müssen auf den Arbeitsmarkt der Zukunft (der Digitalisierte
  - 32 Arbeitsmarkt) vorbereitet und geschult werden. Hier ist das Arbeitslosengeld Plus ein erster Ansatz, auch
  - 33 dürfen 30 oder 40 jährige Berufsbiographien nicht durch ALGII entwertet werden, wenn eine Weiterbildung
  - 34 nicht mehr möglich ist oder keine neue Berufsperspektive geschaffen werden kann.
  - 35 e. Insgesamt wird es durch die Digitalisierung nicht weniger Arbeit geben, allerdings verändert sich die Art
  - 36 der Tätigkeiten massiv. Der Stress der modernen Gesellschaft ist für viele Bürger\*innen sehr belastend.
  - 37 Deshalb plädieren wir perspektivisch für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und eine
  - 38 genauere Definition von Arbeitszeit im digitalen Zeitalter. Gleichzeitig muss die faktisch zulässige
  - 39 Ausweitung der Arbeitszeit von derzeit 60 Stunden auf maximal 40

1 Stunden pro Woche begrenzt werden. Außerdem sollte es ein Recht auf Nichterreichbarkeit geben. Einer  
2 Entgrenzung von Arbeit, wie sie aktuell zu beobachten ist, ist durch eine Reform des Arbeitszeitgesetzes  
3 entgegen zu wirken.

4 f. Eine europäische Sozialversicherungsnummer ist in der digitalen Welt notwendig. Sie verspricht eine  
5 bessere Mobilität von Arbeitnehmer\*innen innerhalb der EU. Außerdem ist die einfachere Zuordnung von  
6 Versicherten bei der Ermittlung von Versicherungszeiten aus verschiedenen Mitgliedstaaten bei der  
7 Prüfung von Sozialleistungsansprüchen möglich.

8 g. Plattformarbeiter\*innen müssen genauso gut geschützt werden, wie konventionelle Arbeitnehmerinnen  
9 und Arbeitnehmer in der Offline-Welt.

10 Wir sprechen uns klar gegen die Bemühungen von Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger aus, über eine  
11 Reform des Arbeitsschutzgesetzes die Höchststundenzahl täglicher Arbeit zu entgrenzen. Arbeitsschutz muss  
12 an die Bedürfnisse der Arbeitnehme\*rinnen in digitalen Zeiten angepasst werden, nicht die Menschen an  
13 die Digitalisierung.

14 Zusammenfassend ist klar, dass Digitale Arbeit alte und neue Themen der sozialen Gerechtigkeit massiv  
15 beeinflusst:

- 16 • tarifliche Absicherung
- 17 • Mitbestimmungsrechte von Betriebs- und Personalräten
- 18 • individuelle Beteiligungsrechte Arbeitnehmer\*innenstatus
- 19 • Daraus ergibt sich auch wieder, wie bei der Gestaltung der Arbeit, schnell konkrete Forderungen bzw.  
20 Vorschläge entwickeln zu müssen.

## 21 2) Bildung

22 Mit der fortschreitenden Digitalisierung aller Lebensbereiche, insbesondere auch der Arbeitswelt, ist eine  
23 kontinuierliche Bildung und Weiterbildung elementar für den Erhalt und Ausbau von Wohlstand. Bildung  
24 wird auch beim Gelingen einer sozialen Digitalisierung die Schlüsselrolle zukommen. Bildung wird nötig sein,  
25 digitale Technologien der gesamten Bevölkerung näher zu bringen; Bildung wird nötig sein, um für die  
26 Digitalisierung wichtige Expertise aufzubauen, Weiterbildung wird Weiterbeschäftigung garantieren.

27 Deshalb schlagen wir eine Digitalisierungsoffensive in der Bildung vor:

- 28 • Medienkompetenz: Der Erwerb von Medienkompetenz gehört ohne Zweifel zu den  
29 Basiskompetenzen und ist die Grundlage für mündige Bürger\*innen. Wissen über heutige  
30 Medien und ihre Arbeitsweisen und vor allem über die Mediennutzung und eine kritische  
31 Auseinandersetzung mit einem sich ständig wandelnden Medienangebot, müssen erlernt und immer  
32 weiter verbessert werden. Junge Menschen müssen besonders über die Auswirkungen sozialer Medien auf  
33 die psychische Gesundheit informiert werden und Fakten von Meinungen oder Fake News unterscheiden  
34 können.
- 35 • Schule: Digitalisierung und der Erwerb digitaler Kompetenzen müssen in Schule und Unterricht systematisch  
36 gefördert werden. Digitalisierung umfasst drei Kernbereiche: technische (wie funktioniert das?), eine  
37 gesellschaftliche (wie wirkt das?) und eine sozial-kommunikative (wie nutze ich das?). An diesen Punkten  
38 muss auch politisches Handeln/Steuerung ansetzen.

39 Für Kinder und Jugendliche sind digitale Prozesse, digitale Umgebungen fester Bestandteil ihrer Lebenswelt  
40 und Alltagserfahrungen. Eine Differenzierung zwischen on- und offline ist weder möglich noch der

- 1 Alltagserfahrung angemessen. Daher muss Schule fächerübergreifend Schülerinnen und Schüler in der  
2 Entwicklung und kritischen Reflexion digitaler Kompetenzen begleiten und unterstützen:
- 3 - Digitale Medien sind relevant in der Gestaltung von politischen Sozialisationsprozessen  
4 - Aufklärung und Diskurs über Verhalten und Phänomene in digitalen Umgebungen sind unerlässlich  
5 - Aufklärung über und Umgang mit Gefahren im digitalen Raum wie Cybermobbing, Catfishing,  
6 Identitätsdiebstahl, Datensicherheit sollten Bestandteile des Unterrichts sein  
7 - Schülerinnen und Schüler sollten im Umgang mit digitalen Medien geschult bzw. begleitet werden, was  
8 auch Kreativität/Interessen umfasst und den selbstverständlichen Umgang mit digitalen Medien und der  
9 Reflexion ihrer Potentiale, Grenzen und Risiken durch Schüler\*innen umfasst. Hierfür sind entsprechend  
10 angepasste Lehrformate/Lernmittel essenziell, wobei Programmieren nicht die einzige Form der  
11 Digitalisierung ist
- 12 Entsprechend müssen Lehrkräfte systematisch geschult und ausgebildet werden, Lehrpläne angepasst  
13 werden um dann auch die notwendige digitale Infrastruktur an den Schulen nutzen zu  
14 können. Hierfür muss das Thema Digitalisierung auch in die Modulstrukturen der Lehrer\*innenausbildung an  
15 den Universitäten integriert werden.
- 16 ● Universitäten und Hochschulen für angewandte Wissenschaften: Wir müssen in Deutschland sicherstellen,  
17 dass wir genügend Experten für die Bewältigung der Digitalisierung und zur  
18 Entwicklung digitaler Produkte und Prozesse zur Verfügung stehen haben, um den  
19 Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Deshalb soll die Ausbildung / das Studium speziell in den  
20 Digitalisierungsberufen, z.B. Data Scientists, gefördert und Anreize geschaffen werden, dass diese für den  
21 deutschen Staat und deutsche Unternehmen arbeiten und das digitale Deutschland stärken  
22 (Rückgewinnung der Souveränität Deutschlands im Bereich digitale Plattformen und Technologien  
23 gegenüber CN und USA). Auch Richter\*innen und Polizist\*innen müssen speziell auf dem Gebiet des  
24 digitalen Rechts ausgebildet werden (Datenschutz, Cybercrime, Hass und Hetze im Netz etc.).
- 25 ● Erwachsenenbildung: Die Nationale Weiterbildungsplattform/ virtuelle Volkshochschule soll für alle  
26 Mitarbeiter\*innen, die sich weiterbilden wollen oder müssen, zur Verfügung stehen. Wir benötigen  
27 Anreize, damit Menschen Spaß am "Lebenslangen Lernen" bekommen. Zudem sollen offene Schnittstellen  
28 etabliert werden, die die Verknüpfung anderer virtueller Schulungsinhalte ermöglichen. Im ersten Jahr  
29 sollen 1% der Bevölkerung mindestens einen der von der virtuellen Volkshochschule veröffentlichten  
30 Digitalisierungskurse absolvieren.
- 31 ● Bezahlter Bildungsurlaub: In der Arbeitswelt muss das Recht auf bezahlten Bildungsurlaub in Bayern  
32 durchgesetzt werden, damit Arbeitnehmer\*innen, wo die Arbeitgeber\*innen keine eigene Weiterbildung  
33 anbieten, die Möglichkeit haben ihre Qualifikation zu erhalten bzw. auszubauen.
- 34 ● Auch im Bereich der Digitalen Arbeit dürfen wir nicht unnötiger Akademisierung verfallen. Wie  
35 in der produzierenden Industrie sind auch hier Tätigkeitsbereiche z.B. sehr gut für Fachinformatiker\*innen  
36 geeignet. Das erfordert natürlich eine zeitnahe Überarbeitung von Ausbildungsinhalten bzw. die Schaffung  
37 neuer Berufsfelder.
- 38 ● Wir als SPD wollen uns als die Digitalisierungspartei Deshalb wollen wir  
39 Digitalisierungsaufklärung über Grundprozesse und -begriffe der Digitalisierung in Form von YouTube  
40 Videos veröffentlichen.
- 41 3) Digitalisierung und Staat/ Verwaltung

1 Eine vernünftige Teilhabe der Bevölkerung und der Unternehmen an der Digitalisierung, gerade im ländlichen  
2 Raum, bedingt eine wichtige Sichtweise auf die Infrastruktur. Diese sollte heutzutage Teil der  
3 Daseinsfürsorge sein und darf nicht dem freien Spiel des Marktes überlassen werden, da die Erfahrung zeigt,  
4 dass Regionen wirtschaftlich abgehängt werden, wenn die  
5 Infrastruktur nicht vorhanden ist. Deshalb müssen ländliche, halbverdichtete und städtische  
6 Gebiete gleichermaßen gefördert werden können, damit sie auch gleichermaßen an der digitalen  
7 Transformation partizipieren können. Der Breitbandausbau ist moderne Daseinsvorsorge. Daher müssen für  
8 die kommunalen Unternehmen die wettbewerbsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, das auch  
9 sie Fördermittel erhalten.

10 Breitbandausbau im stationären Bereich, sowie Mobilfunkausbau hinken den technischen Möglichkeiten  
11 noch hinterher, obwohl eine vernünftige Anbindung an die Netzinfrastruktur für die Bevölkerung und  
12 Unternehmen immer wichtiger wird. Unternehmen suchen ihre Standorte u.a. nach den  
13 Infrastrukturmöglichkeiten aus, Arbeitnehmer\*innen werden ein Recht auf Homeoffice nur durchsetzen  
14 können, wenn die Infrastruktur stimmt. Gerade im ländlichen Raum ist die Mobilfunkabdeckung nach den  
15 Karten der Bundesnetzagentur in Bayern teilweise noch auf dem  
16 2G Standard, obwohl 4G heute der Normalzustand sein sollte und 5G grade eingeführt wird. Beim  
17 Breitbandausbau im stationären Bereich, wo mittlerweile Anbindungen bis 500 mbit/sec möglich sind, ist der  
18 Großteil noch mit weniger als 50 mbit/sec unterwegs.

19 Deswegen fordern wir die Entflechtung von Infrastruktur und Zugangsanbieter\*in, wie sie im  
20 Strommarkt bereits statt gefunden, hat mit einer Pflicht, die Infrastruktur nach den technischen  
21 Möglichkeiten auszubauen. Speziell im Bereich Mobilfunk können hierdurch Doppelstrukuren (im Bereich  
22 Zugangspunkte) vermieden werden und eine Versorgung der Bevölkerung nach den technischen  
23 Möglichkeiten und nicht nach wirtschaftlichen Interessen der Unternehmen sichergestellt werden. Hierzu  
24 soll der weitere Ausbau der digitalen Infrastruktur in die öffentliche Hand gegeben werden.

25 Wir sehen die Digitale Infrastruktur außerdem als weitere wichtige Säule der Staatssouveränität sowie als  
26 zentral für die innere und äußere Sicherheit Deutschlands und unterstützen z.B. die Speicherung von  
27 Bodycam Daten der deutschen Polizei auf Amazon Servern aus datensicherheitstechnischen Gründen nicht.

28 Deshalb schlagen wir vor, eine deutsche/europäische digitale Infrastruktur aufzubauen und die bestehende  
29 Infrastruktur in dieselbige zu überführen, denn nur so ist die Souveränität Deutschlands/Europas im  
30 Angesicht der Digitalmächte China und USA zu erhalten. Folgendes muss dabei beachtet werden:

- 31 ● Netzneutralität: Daten müssen neutral über das Internet übermittelt werden unabhängig von Diensten und  
32 Anwendungen.
- 33 ● 5G-Netze werden zum künftigen Rückgrat unserer zunehmend digitalisierten Gesellschaften. Sie verbinden  
34 Milliarden vernetzter Objekte und Systeme, auch in kritischen Sektoren wie Energie, Verkehr oder  
35 Gesundheit und verarbeiten sensible Informationen. Die Absicherung der 5G-  
36 Netze ist daher von größter Bedeutung. Dazu müssen die Sicherheitsanforderungen an die  
37 Mobilfunknetzbetreiber verschärft werden. Abhängigkeiten von einzelnen Hardware- und Software-  
38 Herstellern sind zu vermeiden. Stattdessen sollte die Anschaffung von Hardware und Software  
39 diversifiziert werden.
- 40 ● Wir fordern eine genaue Aufklärung, was eine deutsche/europäische digitale Infrastruktur bezüglich 5G  
41 Hardware und Software und angesichts der Marktvormacht amerikanischer und chinesischer  
42 Technologieunternehmen bedeuten kann.

- 1 • Außerdem soll eine Kommunale Digitalplattform aufgebaut werden, die verschiedene Module beinhaltet,  
2 und sowohl die Erledigung von Amtsangelegenheiten als auch den sozialen Austausch ermöglicht. Hierzu  
3 müssen dezidierte Anforderungsstudien folgen.
- 4 • EU-weit muss mehr in Forschung und Entwicklung investiert werden, damit Europa Technologieführer bei  
5 den neuen Spitzentechnologien wie 6G, Supercomputing, Roboti Blockchain wird.
- 6 • Zudem müssen wir eine deutsche/europäische Cloud bzw. deutsches/europäisches  
7 Serverzentrum sowie eine deutsche/europäische KI-Plattform Dies wird auch die  
8 Datensicherheit signifikant verbessern. Die Idee eines europäischen „KI-Airbus“, also der Bündelung der  
9 europäischen Kompetenzen in einem Unternehmen, stärkt die Unabhängigkeit von ausländischen  
10 Herstellern und muss weiterverfolgt werden.
- 11 • Gegen Gesichtserkennungstechniken und deren Verwendung zur Überwachung in Deutschland lebender  
12 Bürger\*innen sprechen wir uns ausdrücklich aus. Gegen eine weitere Aushöhlung von Datenschutz und  
13 informationeller Selbstbestimmung, insbesondere anlasslose Überwachung und Aufweichung  
14 strafprozessualer Grundsätze sprechen wir uns ausdrücklich aus.
- 15 • Start-ups im Bereich Digitalisierung müssen weiterhin und noch stärker gefördert werden. Besondere  
16 Unterstützung benötigen diese Unternehmen, wenn sie in die Größe eines kleinen und mittleren  
17 Unternehmens Desweiteren müssen gemeinsam Businessmodelle entwickelt werden, die darauf abzielen,  
18 dass diese Unternehmen nicht von US-amerikanischen und chinesischen Unternehmen oder  
19 Staatsbürger\*innen aufgekauft werden, sondern in Deutschland/ Europa verbleiben.
- 20 • Zweimal im Jahr sollen besonders innovative deutsche Unternehmen und Initiativen im Bereich  
21 Digitalisierung mit einem Deutschen Digitalisierungspreis ausgezeichnet werden, um die Öffentlichkeit zu  
22 informieren und über den Stand der Technik aufzuklären.
- 23 • Der Einzelhandel in Bayern soll durch eine staatlich unterstützte Plattform nach dem Vorbild der in Siegen  
24 entwickelten Plattform "Lozuka" gestärkt werden, damit wieder mehr lokal gekauft wird.
- 25 Die weitreichenden Folgen der Digitalisierung verlangen unserer Meinung nach strenge Ethikrichtlinien, die  
26 unseren Bürger\*innen eine sichere und soziale Digitalisierung garantieren. Wir schlagen deshalb vor den sog.  
27 Digital Ethics Brand zu entwickeln.
- 28 • Deutschland soll sich innerhalb der EU und darüber hinaus einen Namen im Bereich Ethik der  
29 Digitalisierung verschaffen und erreichen, dass europäische Ethikrichtlinien in jede Form  
30 künstlich intelligenter Systeme eingebaut werden müssen, bevor sie eine Zulassung in der EU erhalten  
31 können.
- 32 • Weitere Inhalte des Digital Ethics Brand müssen die Themen Datensicherheit, digitale Grund- und  
33 Bürgerrechte, digitale Staatssouveränität, diskriminierungsfreie Algorithmen, digitale Marktmacht, Open  
34 Data, staatliche Regulierung des Internet/ Open Internet (siehe Inrupt) sein
- 35 • Als wichtigen inhaltlichen Bestandteil des Digital Ethics Brands fordern wir zum Beispiel ein Verbot  
36 autonomer Waffensysteme und die Verhinderung von Singularität mittels eines verpflichtend eingebauten  
37 Ausschalters in allen künstlich intelligenten Systemen auf dem Markt.
- 38 Eine digitale Verbraucher\*innen- und Produktsicherheitsinstitution
- 39 Die Entwicklung und Nutzung neuer KI-Technologien hat das Potenzial, unsere Gesellschaften bis zur  
40 Unkenntlichkeit zu verändern. Die EU wird verbindliche ethische Richtlinien für die Entwicklung, das Design,

1 die Produktion, den Einsatz und die Modifizierung von Robotern und anderen KI-Technologien benötigen, der  
2 sich auf die Wahrung der Grundrechte, ethische Aspekte, rechtliche Garantien und Haftung konzentriert und  
3 damit unsere demokratischen Gesellschaften und Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten schützt (Digital  
4 Ethics Brand). Um die Einhaltung des Digital Ethics Brand sicherzustellen, schlagen wir eine neu  
5 einzurichtende digitale Verbraucher- und Produktsicherheitsinstitution vor. Diese soll eine unabhängige  
6 Monitoringfunktion bezüglich neu zugelassener KI Produkte erfüllen.

7 • Zudem soll sie sich eines Vetorechts gegenüber Anbieter\*innen digitaler Technologien, speziell auch  
8 solcher, die künstliche Intelligenzen nutzen, bedienen können.

9 • Verankerung von Security by Design in Normen und Standards.

10 • Zulassung künstlich intelligenter Systeme ähnlich zur Medikamentenzulassung.

11 • Vergabe von Zertifikaten, Güte- und Sicherheitsiegeln.

12 • Überarbeitung des Produkthaftungsgesetzes und Anpassung an Software/ KI Anwendungen etc.

13 • Überarbeitung des AGB-Rechts, sodass Sicherheitsupdates von Softwareprodukten nicht ausgeschlossen  
14 werden können.

15 • Zulassung nur solcher KI Systeme, die dem Wohle des Menschen im Sinne unseres Grundgesetzes dienen.

16 • Qualitätsmanagement für digitale Technologien entwickeln und Produktqualitätsüberprüfung ausführen.

17 • Sicherheit von Apps bzw. Identifikation potenzieller Spionageapps.

18 • Kennzeichnung von Produkten und Prozessen, in denen künstliche Intelligenz entscheidet.

19 • Aufbewahrung und Analyse der Dokumentation künstlich intelligenter Systeme, die in Deutschland  
20 entwickelt oder vertrieben werden.

21 • Überprüfung des Vorhandenseins von Ausschaltern in künstlich intelligenten Systemen

22 • Open Data soll Industriestandard werden, weshalb die digitale Verbraucher\*innen- und  
23 Produktsicherheitsinstitution im Besonderen auch das Open Data Prinzip in neu zuzulassenden Produkten  
24 prüfen soll.

25 Ein konsequenter Ausbau digitaler Leistungen in der Verwaltung (sog. eGovernance) ist unbedingt notwendig,  
26 da er die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen vereinfacht. Wir schlagen hierfür als Tool die Kommunale  
27 Digitalplattform vor. Hierbei sehen wir die Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB) in der  
28 Pflicht. Diese soll dementsprechend finanziell gefördert und ausgebaut werden. Folgendes ist beim Aufbau  
29 einer digitalen Verwaltung zu beachten:

30 • darf nicht zur Benachteiligung bestimmter Bürger\*innen-Gruppen führen (bedingt durch  
31 Einschränkungen) darf nicht zur Überwachung genutzt werden die Verwendung der Daten muss immer

32 • zweckgebunden sein soll zur Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben genutzt werden die Nutzung

33 • digitaler Daten von Personen und Unternehmen muss weiter strengsten Auflagen unterliegen: Nutzung

34 • nur bei konkreter Bedrohungslage, Aufklärung von schweren Straftaten gegen Leib und Leben,

35 • Aufklärung von militärischen Aktivitäten. Eine entsprechende Datennutzung muss nachvollziehbar

36 • dokumentiert werden und richterlich genehmigt werden.

37 • Als SPD wollen wir die Bürger\*innen zur stetigen und räumlich unabhängigen Wahrnehmung ihrer  
38 Mitgliedsrechte und politischen Bürger\*innenpflichten befähigen. So muss politische Aktivität und  
39 Beteiligung auch jenseits der bestehenden Strukturen ermöglicht werden. Auch hierfür schlagen wir eine  
40 gesonderte Funktionalität auf der Kommunalen Digitalplattform vor.



1 Zudem bekräftigen wir die absolute Notwendigkeit der Einführung der Digitalsteuer:

2 Firmen, die mit digitalen Services, Technologien und Produkten im deutschen Wirtschaftsraum mehr als eine  
3 bestimmten Umsatz erwirtschaften, muss eine Digitalsteuer von einigen Prozent des jährlichen Umsatzes  
4 auferlegt werden. Die Erträge dieser Digitalsteuer sollen ausschließlich in den Aufbau und die Verbesserung  
5 der digitalen Infrastruktur und Ausbildung in Deutschland fließen.

6 4) Digitalisierung und Medien

7 Qualitätsjournalismus ist unersetzlich für ein faires, nachvollziehbares und gut funktionierendes  
8 demokratisches Staatssystem. Dies gilt umso mehr, da Nachrichten und deren Bewertung in den Social Media  
9 durch den Einsatz von auch aus dem nicht-europäischen Ausland finanzierten Chatbots verzerrt wird und so  
10 auch zur Beeinflussung nationaler Wahlen führen kann. Dies ist unter allen Umständen zu verhindern.

11 Außerdem schlagen wir ein Ampelsystem zur für Bürger\*innen allgemein und gut nachvollziehbaren  
12 Identifikation von Fake News vor. Hier sehen wir die deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union in  
13 Zusammenarbeit mit dem BMBF als Verantwortliche für die Ausdefinition des Ampelsystems.

14 Deepfakes sind eine zunehmende Bedrohung für die öffentliche Ordnung und für die Demokratie. Sie  
15 vermitteln den Eindruck, dass Personen etwas völlig Abwegiges sagen. Dabei sind die Videos durch künstliche  
16 Intelligenz manipuliert. Urheber von Deepfakes müssen zur Rechenschaft gezogen werden und Plattformen  
17 sollten solche Videos zum Beispiel mit einem Wasserzeichen kennzeichnen.

18 Das Internet ist der wichtigste Multiplikator für rechtsextremistische Hetze und Vernetzung, trägt also  
19 entscheidend zu einem Erstarken des Rechtsextremismus in Deutschland und Bayern bei. Dieser Entwicklung  
20 muss unter allen Umständen und mit aller Stärke entgegengewirkt werden. Wir fordern die Gründung einer  
21 mit allen nötigen finanziellen und personellen Mitteln ausgestatteten Task Force "Digitaler  
22 Rechtsextremismus" bei der Polizei in Bayern, deren Kernaufgaben

23 Aufdeckung rechter Netzwerke, Monitoring der Radikalisierung relevanter Einzelpersonen, Verhinderung von  
24 Anschlägen, strafrechtliche Verfolgung. Dazu müssen die Sicherheitsbehörden mit den entsprechenden Big  
25 Data Analyse-Tools ausgestattet sein und eine Ausbildung zu deren effektiver Nutzung erhalten. Data  
26 Scientists sollen essenzieller Bestandteil der Task Force sein. Die Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen  
27 Rechtsextremismus soll beratend unterstützen.

28 Die Rechtsprechung in Deutschland hat sich in den letzten Jahren in den Bereichen Datenschutz,  
29 Cybercrime, Hass und Hetze im Netz, etc. bereits Fortschritte gemacht und Gesetze erlassen, die es  
30 Bürger\*innen ermöglichen, gegen Straftaten im Netz vorzugehen. Allerdings ist dies noch nicht im  
31 Bewusstsein der Gesellschaft verankert. Daher fordern wir umfassende Aufklärungskampagnen, die genauer  
32 darlegen, mit welchen Mitteln man sich gegen derartige Straftaten zur Wehr setzen kann.

33 Social Media Plattformen wie zum Beispiel Facebook haben enorme Marktmacht auch dadurch erhalten, dass  
34 sie sich von anderen, kleineren Plattformen durch nicht kompatible Standards beim Schreiben von  
35 Nachrichten, Versenden von Dateien etc. abschotten. Deshalb fordern wir Interoperabilität zwischen den  
36 großen Social Media Plattformen und kleineren Plattformen, damit letztere ihren Marktanteil ausbauen  
37 können. All dies muss mit der progressiven

38 Datenteilungspflicht (Daten-für-alle Initiative) einhergehen, damit die marktbeherrschenden Plattformen  
39 ihren Vorteil nicht weiter ausbauen können und die in der Regel datenschutzfreundlicheren kleineren  
40 Plattformen ihre hohen Datenschutzstandards halten können. Die Datensouveränität muss sichergestellt  
41 werden, indem die Plattformen verpflichtet werden, alle über eine Person gespeicherten Daten an diese  
42 herausgeben zu müssen.